

Motion Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu, SP): Berücksichtigung des Gender Mainstreaming-Aspektes in allen Bereichen der Politik

Die Stadt Bern hat die Gleichstellung in ihrer Gemeindeordnung verankert, als Ausdruck des politischen Willens von Stadtrat und Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern. Die städtische Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann dient als Instrument, um diesen politischen Willen umzusetzen.

Diese Fachstelle hat seit ihrem Bestehen grosse Arbeit geleistet. Diese Arbeit wurde im Jahre 2002 mit dem „Prix d’Egalité“ des Schweizerischen Kaufmännischen Verbandes ausgezeichnet.

Im täglichen Leben aber wird die Gleichstellung der Geschlechter nach wie vor dadurch unterminiert, dass Frauen und Männer in der Praxis nicht die gleichen Möglichkeiten geniessen und ihre Anliegen und Bedürfnisse nicht im gleichen Ausmass berücksichtigt werden. Wirksame Abhilfe kann hier dadurch geschaffen werden, dass man das Ziel der Geschlechtergleichstellung/gerechtigkeit in die Politik integriert, die direkte oder indirekte Auswirkungen auf das Leben von Frauen und Männern hat.

Der Gemeinderat wird aufgefordert, bei allen Planungen, Projekten, Vorschlägen in allen Bereichen des täglichen Lebens wie Bildung, Gesundheit, öffentlicher Verkehr, Wirtschaft, Raumplanung etc. – die dem Stadtrat vorgelegt werden, nachzuweisen, dass diese die Gleichstellung der Geschlechter hinsichtlich Repräsentation, Ressourcen, Rechte und Realitäten erhalten resp. fördern.

Zu diesem Zweck sollen ein Konzept und entsprechende Instrumente entwickelt werden, um eine systematische Ueberprüfung der Gleichstellungsgerechtigkeit von politischen Geschäften zu ermöglichen.

Bern, 27. März 2003

Corinne Mathieu, SP